



INHALT

Nachrichten

- Südafrika S.3
- Gewerkschaftsrechte S.3
- Streik in Chile S.4
- ITF-Konferenz in Nigeria verboten S.4
- Niederländische Technologieabkommen S.5
- Liberalisierungsbemühungen der EG S.5

Zivilluftfahrt

- IAO kritisiert Pakistan S.6
- EG-Gespräche über Luftverkehrspolitik S.6
- Asien-Konferenz S.7

Tarifabschlüsse S.6

Todesfälle S.7

Binnenverkehr

- Benachteiligung von Frauen bei BR S.8
- Lohnerhöhungen für US-Eisenbahner S.8
- JNR weisen Untersuchungsdelegation ab S.8
- ITF-Binnenschiffer-Treffen S.8

Seeleute

- Sitzung des FPC S.9
- De Beer-Zentrum S.9
- Indische Seeleutegewerkschaft S.9

Hafenarbeiter

- Konferenzbericht S.10

Leute S.10

EXKLUSIV

Südafrika: Gewerkschaften setzen Organisationsarbeit fort

Msokoli Qotole, früherer Generalsekretär der südafrikanischen General Workers' Union (GWU), heute Funktionär bei der durch Zusammenschluß entstandenen Transport and General Workers' Union (TGWU), traf Anfang Juni anlässlich der Konferenz der ITF-Hafenarbeitersektion in London ein - gerade noch vor der Verhängung des Ausnahmezustands durch die südafrikanische Regierung.

Bevor er Anfang Juli nach Südafrika zurückkehrte, besuchten Qotole und ITF-Generalsekretär Harold Lewis den südafrikanischen Botschafter in Großbritannien, Dennis Worrall, um ihm erneut den Protest der ITF gegen die Verhaftung zahlreicher Mitglieder der TGWU in Südafrika vorzutragen.

Nach seinem Besuch in der Botschaft und kurz bevor er sein Flugzeug nach Südafrika bestieg, sprach Qotole mit ITF-Nachrichten. Zu jenem Zeitpunkt wußte er noch nicht, ob er am folgenden Tag verhaftet werden würde oder nicht. Erfreulicherweise können wir berichten, daß er sich zwei Wochen später immer noch in Freiheit befand. Qotolis frühere Gewerkschaft - die GWU - hat sich vor kurzem mit der Transport and General Workers' Union zusammengeslossen. Der endgültige Beschluß wurde kurz vor seiner Abreise aus Südafrika gefaßt. Der Name der neuen Gewerkschaft ist Transport and General Workers' Union. Beide ehemaligen Gewerkschaften sind Mitglieder des seit einem Jahr bestehenden Südafrikanischen Gewerkschaftsbundes 'Congress of South African Trades Unions' (COSATU), der eine Politik des Zusammenschlusses von Mitgliedsgewerkschaften zu einzelnen Industriegruppen verfolgt. Der

Zusammenschluß von GWU und TGWU war jedoch bereits vor der Gründung von COSATU geplant.

"Wir begannen unsere Arbeit an verschiedenen Orten: wir (die GWU) begannen in Kapstadt und die TGWU in Natal. Als die GWU ihre Tätigkeit nach Natal ausdehnte, stellten wir fest, daß es Konflikte gab; wir bemerkten, daß wir besser miteinander reden sollten", sagte Qotole.

Diese Diskussionen begannen als Abgrenzungsgespräche; den beiden Gewerkschaften wurde jedoch im Laufe der Zeit bewußt, daß es sinnvoller wäre, sich zusammenzuschließen. Der Beschluß, auf einen Zusammenschluß hinzuwirken, wurde nach Qotolis Worten bereits lange vor der Gründung von COSATU gefaßt.

Die neue Gewerkschaft organisiert ungefähr 25.000 Arbeitnehmer in vielen Bereichen. Eine große Zahl dieser Arbeitnehmer sind direkt in der

Forts. auf S. 2

June/July 1986

NACHRICHTEN

...ORGANISIERUNGSKAMPAGNE BEI DEN EISENBAHNEN GEPLANT

Forts. von S. 1

Transportindustrie beschäftigt - wie z.B. Stauer, Busfahrer und Beschäftigte bei den städtischen Verkehrsmitteln. Arbeitnehmer in einigen Unternehmen im transportbezogenen Produktionsbereich - wie z.B. Bremsenhersteller - gehören dieser Gewerkschaft ebenso an wie die Beschäftigten in einer Reihe von Asbest-produzierenden und Maschinenbau-Unternehmen.

Das Hauptziel der neuen Gewerkschaft besteht jedoch darin, die große Mehrheit der Beschäftigten zu organisieren, für die es bisher noch keine echte gewerkschaftliche Vertretung gibt. Neben den vielen nicht organisierten Hafentarbeitern möchte die Gewerkschaft, so Qotole, ihre bereits bestehende geringe Mitgliedschaft bei den Eisenbahnern vergrößern.

"Eines der Phänomene bei den Eisenbahnen sind die geschützten Arbeitsplätze für die Weißen. Die hat die nationalistische Regierung erkaufte. Aber ich glaube, damit wird bald Schluß sein - und dann gibt es Probleme", sagt er.

Schwarze, die früher nur niedrig qualifizierte Gelegenheitsarbeiten bei den Eisenbahnen ausführen durften (als Teil der rassistischen Arbeitsplatzreservierungspolitik), haben nun in einigen Bereichen der Eisenbahn Vollzeitbeschäftigungen, erläutert Qotole.

"Wenn man in Orte wie Durban geht, findet man Schwarze als Fahrer von Lastwagen der Eisenbahn. Früher hat es das nie gegeben. Schwarze waren Gelegenheitsarbeiter bei der Eisenbahn, heute fahren sie Lastwagen."

Die neue Gewerkschaft, zweimal so groß wie die beiden früheren zusammengenommen, hat größere Aussichten, diese Ziele zu erreichen: "Wir haben heute nach dem Gewerkschaftszusammenschluß größere Chancen, denn wir haben mehr Mittel und können viel größere Aktionen durchführen als uns das als kleiner Einzelgewerkschaft möglich war."

Natürlich behindert die Verhängung des Ausnahmezustands die gewerkschaftliche Arbeit.

"Man kommt dadurch in eine Lage, in der man wirklich verzweifelt; man weiß nicht, was morgen passiert", sagt Qotole.

Aber der Ausnahmezustand - obwohl er natürlich eine Bedrohung für die Gewerkschaft darstellt und die Inhaftierung vieler Gewerkschafter bedeutet - kann die Gewerkschaft nicht von ihrer Organisationsarbeit abhalten. Qotole erklärt, daß die Gewerkschaften bereits vorher Vorkehrungen für genau dieses Ereignis getroffen haben.

"Nach dem Maifeiertag, als sie nur

Als der Ausnahmezustand verhängt wurde, suchte die Polizei in Qotolis Wohnung in Kapstadt nach ihm. Sie erhielten jedoch die Auskunft, daß er in London sei.

"Offensichtlich waren sie noch ein zweites Mal in meiner Wohnung - ich weiß nicht warum; mir ist gesagt worden, daß sie bei diesem letzten Mal, als sie bei mir zu Hause waren, fragten,

PROTESTE LEGITIM

Leute verhafteten und Zusammenkünfte auflösten, hielten wir in der Gewerkschaft eine Sitzung ab, auf der beschlossen wurde, daß wir uns auf diese Lage vorbereiten müßten - wie sollten wir darauf reagieren? Die Strategie, die wir ausgearbeitet haben, besteht darin, daß die Leute wissen, was zu tun ist, wenn ein Organisationsfunktionär 'in der Fabrik anruft, ohne daß erst eine Vorstandssitzung oder ähnliches abgewartet werden muß."

Qotole ist der Auffassung, daß die umfangreichen Verhaftungen von südafrikanischen Gewerkschaftern einfach Teil einer Strategie zur Bedrohung und Störung der Gewerkschaftsarbeit sind.

"Sie wollen die Arbeit, die die Organisation stören. Ich glaube nicht, daß sie irgendwelche andere Gründe haben - sie sagen, daß sie die Leute nicht wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit festhalten, aber sie haben keine anderen Gründe. Der sichere Beweis dafür ist die Tatsache, daß bisher niemand angeklagt wurde", sagte er.

In dem Fall der Verhaftung einer GWU-Funktionärin - Ray Lazarus, einer Buchhalterin im Gewerkschaftsbüro in Kapstadt - fragte ein Anwalt die Polizei, warum sie inhaftiert worden sei. Ihm wurde geantwortet, daß dies "eine Entscheidung von höherer Stelle" sei und daß die Polizei am Ort "nichts gegen sie" hätte. Am gleichen Tag wurde Frau Lazarus jedoch mitgeteilt, daß sie bis zur Beendigung des Ausnahmezustands in Haft bleiben werde.

Qotole und andere führende Mitarbeiter der GWU wurden nach dem Maifeiertag ebenfalls kurz festgehalten - aber während ihres Gefängnisaufenthaltes wurden sie weder angeklagt noch überhaupt verhört.

ob ich schon aus London zurück sei."

Daß Qotole bei seiner Rückkehr nicht verhaftet wurde, ist möglicherweise zum Teil auf den Druck zurückzuführen, der vor seiner Heimkehr auf die südafrikanischen Behörden ausgeübt wurde. Proteste zeigen häufig Wirkung, sagt Qotole.

"Ich bin der Überzeugung, daß diese Art von Aktionen Auswirkungen hat; ob sie genau zu dem Ergebnis führen, das wir uns wünschen, oder ob nur ein kleiner Teil erreicht wird, ist eine andere Frage. In vielen Fällen war das eine wirksame Methode, und ich glaube, es ist auf jeden Fall legitim, sie anzuwenden."

Qotole bezeichnete sein Treffen mit dem südafrikanischen Botschafter - der große Anstrengungen unternimmt, sich als "liberal" hinzustellen - als "interessant".

"Es war sehr interessant, mit ihm zu sprechen, denn in gewisser Weise machte es die Probleme, die in Südafrika existieren, recht deutlich. Die Regierung behauptet, daß sie bereit sei, mit jedem zu sprechen - unter einer ganzen Reihe von Bedingungen -, aber sie sagt auf jeden Fall, daß sie bereit sei, mit jedem zu sprechen. Doch gleichzeitig ist bei diesen Gesprächen nicht viel zu holen. Ich meine, im Grunde hält man ein Schwätzchen, und das ist letztendlich alles - ein Schwätzchen, und nichts wird dadurch verbessert; nichts wird wirklich verändert. Ich treffe diesen Mann, und dann erzählt mir die erste Person, mit der ich spreche, wenn ich zurückkomme (zum ITF-Hauptbüro), daß gerade einer unserer Organisationsfunktionäre erneut verhaftet wurde, und das ist genau das, worüber wir gesprochen haben."

GEWERKSCHAFTEN WIDERSETZEN SICH DER APARTHEID

Transportarbeitergewerkschaften der ganzen Welt haben die südafrikanischen Botschaften sowie die Regierung in Pretoria mit Forderungen nach der Freilassung von Funktionären der ITF-Mitgliedsgewerkschaften in Südafrika bombardiert, die unter den Bestimmungen der Ausnahmezustandes verhaftet worden waren.

Alle jene, die gedacht hatten, daß die südafrikanische Regierung bereits alle Möglichkeiten der Unterdrückung ausgeschöpft habe, mußten angesichts der Bestimmungen des neu verhängten Ausnahmezustands (des zweiten innerhalb eines Jahres) feststellen, daß sie sich getäuscht hatten.

Es wurden nicht nur Tausende von Gewerkschaftern verhaftet, sondern sogar die Weitergabe von Informationen über die Namen der Verhafteten wurde zu einem Vergehen erklärt, das mit bis zu zehnjähriger Haft bestraft werden kann. Es ist daher nicht überraschend, daß trotz ständigen Telefonkontakts zwischen der ITF und ihren südafrikanischen Mitgliedsgewerkschaften bisher nur lückenhafte Einzelheiten über die Lage in dem Land bekannt wurden.

Als Reaktion auf die Erklärung des Ausnahmezustands und die Verhaftung von Gewerkschaftsführern schickte der ITF-Generalsekretär am 23. Juni allen Mitgliedsgewerkschaften eine Liste der Namen von Funktionären der Transport and General Workers' Union (TGWU) und der Transport and Allied Workers' Union (TAWU), über deren Verhaftung er informiert worden war. Er bat die Gewerkschaften, diese Namen an die südafrikanischen Botschafter in ihrem Lande weiterzugeben und Informationen über die Gründe ihrer Verhaftung, ihren Aufenthaltsort sowie darüber, ob gegen sie Anklage erhoben werden sollte, zu

verlangen. Der IBFG in Brüssel veröffentlicht seit einiger Zeit eine Liste aller von den Behörden verhafteter aktiven Gewerkschaftsmitglieder, die regelmäßig aktualisiert wird und inzwischen mehr als 160 Namen umfaßt.

Der ITF-Generalsekretär beschloß ferner angesichts des Ernstes der Lage, persönlichen Kontakt zum südafrikanischen Botschafter in London aufzunehmen, um ihm die Namensliste vorzulegen. Es fanden zwei Treffen in der südafrikanischen Botschaft statt. Beim zweiten Treffen wurde er von Msokoli Qotole, dem früheren

Generalsekretär der GWU (siehe gesondertes Interview) begleitet.

Fotokopien von Briefen und Telegrammen, die bereits beim ITF-Büro eingegangen sind, belegen die massive Reaktion der Mitgliedsgewerkschaften auf das Ersuchen der ITF.

In Südafrika hat die Verhängung des Ausnahmezustands eine immer stärker werdende Reaktion von seiten der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen. Im Juli organisierte die größte Gewerkschaftsorganisation Südafrikas, COSATU, einen Proteststreik, der weitreichende Unterstützung fand. Mit dem Streik sollte zwei Forderungen Nachdruck verliehen werden: An die Adresse der Regierung richtete sich die Forderung nach sofortiger Beendigung jeder Bedrohung und Schikanie von Gewerkschaftsfunktionären; an die Arbeitgeber gerichtet wurden volle Lohn- und Beschäftigungssicherheit für alle Inhaftierten, angemessene Arbeitsmöglichkeiten für die Vertrauensleute der in der COSATU organisierten Gewerkschaften und die Freistellung von Gewerkschaftsmitgliedern für gewerkschaftliche Tätigkeiten bei voller Lohnfortzahlung gefordert.

Die beiden der COSATU angeschlossenen ITF-Mitgliedsgewerkschaften haben inzwischen Einigung über einen Zusammenschluß in einer geeinten Gewerkschaft erzielt, die den Namen Transport and General Workers' Union führen wird. Präsident dieses Gewerkschaftszusammenschlusses, der auf einer Konferenz am 24. und 25. Mai besiegelt wurde, ist Jerry Ntombela. Generalsekretär ist Jane Barrett.

Am 17. Juli kündigte der IBFG die Entsendung einer aus hohen Funktionären bestehenden Mission nach Südafrika an, die die gegenwärtige Lage untersuchen soll. Die IBFG-Mission wird mit Vertretern der beiden südafrikanischen Gewerkschaftsbünde COSATU und Council of Unions of South Africa (CUSA) zusammentreffen. Der Mission gehören IBFG-Generalsekretär Johnny Vanderveken, Norman Willis vom britischen Gewerkschaftsbund TUC, der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, Lane Kirkland, und Ernst Breit vom DGB (Bundesrepublik Deutschland) an.

Jährlicher Überblick des IBFG:

ANGRIFFE AUF GEWERKSCHAFTSRECHTE

Ernsteste Verstöße gegen die Gewerkschaftsrechte finden auch weiterhin in allen Teilen der Welt statt. Dies wird in der jüngsten Ausgabe des 'Jahresüberblicks über die Gewerkschaftsrechte' festgestellt, der vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) herausgegeben wird. "Trotz einiger beachtlicher Verbesserungen in bestimmten Ländern, insbesondere denen, die erst kürzlich zur Demokratie zurückgekehrt sind, bleibt das Gesamtbild erschreckend", heißt es in dem Überblick, der vom IBFG-Büro in Genf zusammengestellt wird.

"Verletzungen der Menschenrechte reichen von Mord, Folter und Verhaftung über bürokratische und rechtliche Einschränkungen bis zur Zerschlagung von Gewerkschaften. Welche Form sie auch immer annehmen, ihr Ziel ist es, die Gewerkschaften an der Ausführung ihrer Aufgabe der Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien zu hindern", unterstreicht der Überblick.

Neben einer Bestandsaufnahme der allgemeinen Lage in verschiedenen Teilen der Welt enthält der IBFG-Überblick ausführliche Analysen einer Reihe von speziellen Problemen. Zwei der in diesem Jahr behandelten Themen sind die Position der *leitenden Angestellten* und die Gewerkschaftsrechte im *ländlichen Bereich*. Kopien des Überblicks, der in englischer, französischer, deutscher und spanischer Sprache vorliegt, können direkt vom IBFG, 27-29 Rue de la Coulouvrenière, CH-1204 Genf, Schweiz, angefordert werden.

GENERALSTREIK IN CHILE

Der Kampf um Demokratie und Menschenrechte in Chile ist in eine neue Phase eingetreten.

Auf den erfolgreichen zweitägigen Generalstreik am 2. und 3. Juli, der das gesamte Land lahmlegte, reagierte die Militärdiktatur unter General Pinochet mit großer Brutalität und tödlichen Schüssen auf Demonstranten - und unbeteiligte Passanten - sowie einer Welle von Verhaftungen, mit der die massive Opposition gegen die Diktatur zum Schweigen gebracht werden sollte.

Der Aufruf zum Generalstreik ging von der Asamblea Nacional de la Civilidad aus, einem im April gebildeten Zusammenschluß mit breiter Basis bei

allen gesellschaftlichen Kräften, dem auch die beiden wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen - Comando Nacional de Trabajadores (CNT) und

Central Democratico de Trabajadores (CDT) - angehören.

Er sollte der Forderung nach Beendigung der 13-jährigen brutalen Militärherrschaft und nach Rückkehr zur Demokratie und zu den Menschenrechten Nachdruck verleihen. Die Asamblea, in der ungefähr 3 Millionen Arbeiter, Angestellte, Studenten und Einwohner der Elendsviertel zusammengeschlossen sind, repräsentiert mehr als ein Drittel der chilenischen Bevölkerung. Bei ihrem Streikaufruf und den von ihr genutzten Taktiken handelt es sich um gewaltlosen zivilen Ungehorsam.

Nigeria: Interne Streitigkeiten verhindern ITF-Konferenz

Interne Streitigkeiten im nigerianischen Gewerkschaftsdachverband NLC scheinen der wichtigste Grund für die erzwungene Absage der Afrikanischen Regionalkonferenz der ITF zu sein, die vom 12. bis 16. Mai in Lagos stattfinden sollte.

Führende Mitglieder von Transportarbeitergewerkschaften aus ganz Afrika, die am 12. Mai zur Eröffnungssitzung der Konferenz anreisten, wurden von der Ankunft von Beamten des staatlichen nigerianischen Sicherheitsdienstes NSO überrascht, die die Sitzung zwangsweise beendeten. Dem war eine Pressekonferenz vorausgegangen, auf der Funktionäre des NLC die Regierung aufgefordert hatten, die Sitzung der ITF, die sie als "subversive Organisation" bezeichneten, in Lagos zu verbieten.

Erklärungen, die von den Regierungssprechern nach der NSO-Aktion abgegeben wurden, machten deutlich, daß die nigerianische Regierung von NLC-Funktionären falsche Informationen über die ITF sowie über die Politik der Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU) hinsichtlich internationaler Verbindungen erhalten hatte.

In einem Brief an den nigerianischen Arbeitsminister im Anschluß an das Fiasko von Lagos rückte ITF-Generalsekretär Harold Lewis das Bild wieder zurecht. Er wies darauf hin, daß die ITF aufgrund einer einstimmigen Entscheidung ihrer nigerianischen Mitgliedsorganisationen 1983 nach Lagos

eingeladen worden war. Die nigerianische Regierung war umfassend über die Vorbereitungen für die Sitzung informiert worden und hatte niemals auch nur die geringsten Einwände gegen ihre Durchführung erhoben. Er erinnerte den Minister daran, daß die ITF eine weltweite freie und demokratische Gewerkschaftsorganisation mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern unter den Transportarbeitern ist, die 1896 gegründet wurde, und verwies darauf, daß den Gewerkschaften - auch im Rahmen der gegenwärtigen OATUU-Politik - die Entscheidung über die Mitgliedschaft in Gewerkschaftsorganisationen der einzelnen Industriebereiche, zu denen die ITF gehört, freistünde. Er wies darauf hin, daß OATUU-Vertreter häufig an ITF-Sitzungen teilnahmen. (Die OATUU selbst ist in einer Reihe von Fragen, darunter auch internationale Zusammenschlüsse, tief gespalten - siehe ITF-Nachrichten Februar/März 1986).

Unter Hinweis darauf, daß sich die ITF niemandem aufdränge, schloß Lewis, indem er seiner Enttäuschung über das Verbot der Sitzung in Lagos Ausdruck gab, insbesondere da es durch eine Regierung erlassen worden war, die weithin für ihre Respektierung der Vereinigungsfreiheit Anerkennung finde. Die ITF, erklärte er, sei "Opfer eines völlig ungerechtfertigten Angriffes von Kräften geworden, die - aus welchem Grunde auch immer - uns zum Austragungsfeld eines Kampfes gemacht haben, der grundsätzlich nichts mit den völlig ordnungsgemäßen Sitzungen, die wir abhalten wollten, zu tun hat, und wir haben in keiner Weise Anlaß für diese Angriffe gegeben."

Das Pinochet-Regime reagierte jedoch auf den friedlichen Aufstand mit einer charakteristischen Demonstration von Gewalt. Am ersten Tag des Streiks drangen große Kontingente von Streikkräften in die Arbeiterviertel Santiagos vor und griffen die Bewohner an. Während der zwei Tage wurden mehr als eintausend Menschen verhaftet, und sieben Personen wurden von der Armee erschossen. Der tragischste und verabscheuenswerteste dieser Todesfälle war der Mord an einem 13-jährigen Mädchen im Stadtteil La Florida im Süden Santiagos. Nadia Fuentes Condra war von ihrer Mutter zum Brotkaufen geschickt worden. Auf dem Heimweg wurde sie auf der Straße von plündernden Soldaten getötet, das Brot noch in der Hand.

Die Behörden haben inzwischen die führenden Mitglieder der Asamblea verhaftet und versuchen, ihre immer stärker gefährdete Macht durch noch brutalere Unterdrückung zu erhalten.

IBFG-Generalsekretär Johnny Vanderveken gab der umfassenden Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung mit dem Kampf in Chile Ausdruck. In einer im Anschluß an den zweitägigen Streik veröffentlichten Erklärung sagte er, daß "ihre Kampagne für die Rückkehr ihres Landes zur Demokratie und zur Wiedererlangung der Gewerkschaftsrechte von Arbeitnehmern auf der ganzen Welt unterstützt wird. Berichten zufolge betrachtet Pinochet diesen Streik lediglich als 'eine weitere Schau'. Das macht deutlich, wie wenig er über das chilenische Volk und seine Wünsche und Ziele weiß."

Niederländische Gewerkschaft fordert Technologieabkommen

Die der ITF angeschlossene niederländische Transportarbeitergewerkschaft Vervoersbond FNV kündigte an, daß sie nötigenfalls bereit sei, Streikmaßnahmen zu ergreifen, um die Arbeitgeber zur Unterzeichnung von Technologieabkommen zu bewegen. Dies ist einer der wichtigsten Punkte in einem Bericht, den der FNV-Sekretär für Hafentarbeiter, Kees Marges, speziell für die 'ITF-Nachrichten' geschrieben hat.

Unter Hinweis auf die ständige Forderung niederländischer Arbeitgeber nach größerer Arbeitsflexibilität durch den Einsatz neuer Technologien legt Marges die beiden ihnen zur Auswahl stehenden Möglichkeiten dar: neue Technologien entweder in humaner oder in inhumaner Weise zu entwickeln. Das Ziel von Technologieabkommen (hier kurz TAs genannt) besteht darin sicherzustellen, daß nur humane Formen der Technologie in die Praxis umgesetzt werden.

Die Gewerkschaft Vervoersbond FNV hat folgende Grundprinzipien zur Aufnahme in TAs festgelegt:

- das Recht der Gewerkschaften auf

rechtzeitige Information über neue Technologien;

- das Recht von Gewerkschaftsmitgliedern zur Aneignung von Informationen über neue Technologien während der Arbeitszeit;

- volle Beteiligung der Gewerkschaften am Entscheidungsprozeß;

- Einspruchsrecht bei Einführung neuer Technologien ohne Zustimmung der Gewerkschaften.

Marges zeigt auf, welche beiden Einsatzmöglichkeiten die niederländischen Gewerkschaften für die TAs sehen: zum einen die Einflußnahme auf die interne Organisation in den Betrieben und zum anderen das Einwirken auf die

Gestaltung der einzelnen Arbeitsplätze und Tätigkeiten. Solange die Gewerkschaften in diesen beiden Bereichen keinen Einfluß ausüben können, so glaubt er, wird es zu einer weiteren Polarisierung der Arbeitskräfte in hochbezahltes "Führungs"personal einerseits und schlecht bezahlte "Rand"arbeitnehmer (Teilzeitarbeiter, keine Arbeitsplatzsicherheit) andererseits kommen.

Die meisten Gewerkschaftsabkommen, so Marges weiter, haben sich bisher nur mit Fragen wie Bezahlung, Urlaub, Arbeitszeit, Ruhestandsgeld und Krankengeld befaßt. Manche enthalten außerdem Regelungen im Hinblick auf die Zahl der Arbeitskräfte, freiwilliges Ausscheiden aus dem Betrieb usw. TAs stellen einen neuen Schritt zur Ausdehnung der Grenzen der Kollektivverhandlungen dar, da es bei ihnen auch um Fragen der Arbeitsorganisation und die Unternehmensstruktur selbst geht.

Zu weiteren wesentlichen Fragen gehören z.B. Ausbildungsmöglichkeiten für diejenigen, die durch neue Technologien von ihrem Arbeitsplatz verdrängt werden, die bevorzugte Berücksichtigung von bereits vorhandenen Arbeitnehmern bei der Besetzung neuer Arbeitsplätze und eine Reduzierung der Arbeitszeit zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau. Diese Fragen werden in der Zukunft zu den höchsten Prioritäten seiner Gewerkschaft zählen, schließt er ab.

Europäische Kommission vor Liberalisierung im Straßen-, Luft- und Seeverkehr gewarnt

Der Koordinierungsausschuß der Transportarbeitergewerkschaften in der Europäischen Gemeinschaft traf am 9. Juni in Brüssel zusammen. Die ITF wurde auf der Sitzung durch den Sekretär der Binnenverkehrssektionen, Graham Brothers, vertreten.

Die Diskussionen während der Sitzung konzentrierten sich auf zwei wichtige Gemeinschaftsvorschläge auf der Grundlage der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs von 1984 in der Schlüsselfrage der "Freizügigkeit des Angebotes von Transportdienstleistungen". Beide Vorschläge zielen darauf ab, Beschränkungen aufzuheben, die für die Tätigkeit von Transportunternehmen mit Sitz in einem EG-Land auf dem Binnenverkehrsmarkt eines anderen Mitgliedslandes (allgemein "Kabotage" genannt) gelten. Einer der Vorschläge bezieht sich auf die Binnenschifffahrt, der andere auf den Straßentransport. In beiden wird die beinahe vollständige Liberalisierung der "Kabotage" in den EG-Ländern vorgeschlagen, wodurch die in einem Mitgliedsland registrierten Schiffe oder Lastwagen die Erlaubnis erhalten, Dienstleistungen im Binnenverkehr der gesamten Gemeinschaft auszuführen.

Da es keine Zusagen über eine Harmonisierung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, denen die einzelnen Unternehmer unterworfen sind, gibt, steht zu erwarten, daß die Vorschläge in diesen beiden Sektoren zur Einrichtung von "Schattenflaggen"-aktivitäten führen werden, indem die Unternehmen sich in Ländern mit niedrigen Kraftfahrzeug- und Einkommensteuern sowie schlechteren Arbeitsbedingungen registrieren lassen und dann im direkten Wettbewerb mit nationalen Unternehmen in anderen Ländern tätig werden.

Der Brüsseler Ausschuß beschloß, sich dafür einzusetzen, daß möglichst strenge Bestimmungen erlassen werden, um

unlauteren Wettbewerb in diesen beiden Bereichen zu verhindern. Ähnliche Vorschläge im Hinblick auf den Personenverkehr - sowohl im Nah- als auch im Fernverkehr - werden gegenwärtig ebenfalls von der Kommission beraten.

Im Zusammenhang mit der Zivilluftfahrt befaßte sich der Ausschuß mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs im "Nouvelles Frontières"-Fall, durch die Preisabsprachen für unzulässig erklärt wurden. Falls gegen Luftfahrtunternehmen gemäß den Wettbewerbsregeln des Vertrages von Rom rechtliche Schritte eingeleitet würden, so hieß es, würde dies die europäischen Flugtarife völlig durcheinanderbringen.

Tarifabschlüsse

Bundesrepublik Deutschland - Lufthansa: 3,9% plus Erhöhung des Urlaubsgeldes auf DM 1.000; Hafentarbeiter: 3,9% rückwirkend vom 1. April, plus Erhöhung des Urlaubsgeldes auf DM 700; Norwegen - Ingenieure und Offiziere auf mobilen Bohrinseln: generelle Erhöhung um 5,1% vom 1. April (entspricht einer jährlichen Erhöhung um 630 Kr. im Monat) in einem Vertrag mit einer Laufzeit bis März 1988 sowie Einführung eines Treuebonus in Höhe von 385 Kr. für 10-jährige Tätigkeit; **Schweden** - Mannschaftsdienstgrade auf weltweiter Fahrt: 400 Kr. im Monat ab 1. Mai sowie zusätzlich 330 Kr. im Monat ab 1. Februar 1987 (Vertrag gültig bis Januar 1988); Ingenieure und Offiziere: 400 Kr. im Monat ab 1. Mai sowie zusätzlich 300 Kr. im Monat ab 1. Januar 1987 (Vertrag gültig bis Dezember 1987); Straßentransportarbeiter: 2,46 Kr. in der Stunde rückwirkend von Januar.

ZIVILLUFTFAHRT

IAO kritisiert Pakistan für Gewerkschaftsverbot bei PIA

Die Internationale Arbeitsorganisation hat die Regierung von Pakistan zum zweiten Mal wegen ihrer fortgesetzten Weigerung, die Gewerkschaftsrechte der Beschäftigten der pakistanischen Fluggesellschaft Pakistan International Airways (PIA) anzuerkennen, nachdrücklich verurteilt.

Der IAO-Verwaltungsrat entschied im Juni aufgrund einer von der ITF im Mai 1985 vorgelegten Beschwerde, daß die pakistanische Regierung gegen die Artikel 2 und 3 des IAO-Übereinkommens 87 (Schutz des Vereinigungsrechtes) verstoße und "bedauerte" die Tatsache, daß die Regierung sich trotz verschiedener Aufforderungen geweigert hatte, gegenüber der IAO zu diesen Vorwürfen

Stellung zu nehmen.

Der ITF-Beschwerde aus dem Jahre 1985 war bereits früher eine Beschwerde vorausgegangen, die nach der Verhängung des Kriegsrechtes 1979 eingereicht wurde, als jegliche gewerkschaftliche Betätigung bei der Fluggesellschaft verboten wurde. Ursprünglich hatte die Regierung erklärt, daß die Gewerkschaftsrechte nur zeitweilig für die Dauer der Gültigkeit des Kriegsrechtes aufgehoben seien. 1985 hob sie jedoch die entsprechende Bestimmung auf und ersetzte sie durch eine Änderung des Pakistan International Airlines Corporation-Gesetzes, durch das alle Beschäftigten der PIA zu Staatsangestellten erklärt und daher von einer Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ausgeschlossen wurden.

Neben dem Verbot der gewerkschaftlichen Betätigung verurteilte

der Verwaltungsrat ferner eine weitere Änderung des PIA-Gesetzes, die es dem Unternehmen erlaubt, alle Beschäftigten ohne Angabe von Gründen und ohne Einspruchsmöglichkeit mit einer Kündigungsfrist von 90 Tagen zu entlassen.

Die IAO hob hervor, daß dies eine Verletzung des Übereinkommens 98 darstelle, da es der Fluggesellschaft dadurch erleichtert würde, anti-gewerkschaftliche Diskriminierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Entscheidung sowie das geringschätzigste Verhalten der pakistanischen Regierung gegenüber der IAO während der Behandlung der ITF-Beschwerde machen deutlich, daß Behauptungen, wonach Pakistan zur Demokratie zurückkehrt, weit von der Wahrheit entfernt sind.

Gespräche über europäische Luftfahrtspolitik fehlgeschlagen

Die völlige Verwirrung über die Luftverkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaft bleibt auch nach zwei Sitzungen der europäischen Verkehrsminister im Juni, die Berichten zufolge in "völligem Durcheinander" endeten, weiter bestehen. Die Verwirrung entstand durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 30. April (die ITF-Nachrichten berichteten darüber in ihrer Ausgabe vom Mai 1986), in dem festgestellt wird, daß nationale Bestimmungen hinsichtlich der Regulierung von Flugpreisen und Flugstrecken innerhalb der EG gegen den Vertrag von Rom verstoßen.

Die Kommissare der Europäischen Gemeinschaft reagierten auf dieses Urteil, indem sie die nationalen Regierungen und ihre Verkehrsminister drängten, auf ihrer Sitzung am 19. Juni zu einer Übereinkunft hinsichtlich der Entregulierung - in Übereinstimmung mit dem Gerichtsurteil - zu kommen.

Diese Sitzung und eine weitere zehn Tage später endete jedoch damit, daß einige Minister die Art und Weise, in der die Kommission versucht hatte, sie zu einer Entscheidung zu zwingen, aufs schärfste kritisierten.

Die Kommission gab ihrem Wunsch nach Entregulierung öffentlichen Ausdruck, indem sie vor der ersten Verkehrsminister-Tagung damit drohte, gegen die nationalen Regierungen rechtliche Schritte wegen Preisabsprachen einzuleiten. Bereits vor den genannten Sitzungen wurden Briefe abgefaßt, mit denen derartige Schritte eingeleitet werden. Alle derartigen Maßnahmen werden jedoch - aufgrund der üblichen Verzögerungen bei den Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof - mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Die Kommissare - die sich auch untereinander noch nicht auf die beste Politik geeinigt haben - sind offensichtlich bereit, die Regierungen

trotz der Langwierigkeit des Verfahrens vor Gericht zu bringen. In der Zwischenzeit stimmte die Europäische Zivilluftfahrtkonferenz (ECAC), in der 22 Regierungen vertreten sind, auf einer Sitzung Ende Juni einer Reihe von Vorschlägen zu, durch die die Regulierung des Luftverkehrs in Europa etwas gelockert wird. Der ECAC-Plan, dem sich die starken Befürworter der Entregulierung (Großbritannien und die Niederlande) widersetzen, da er ihrer Ansicht nach nicht weit genug geht, wird es den Fluggesellschaften ermöglichen, die Zahl von Sitzen auf einer Reihe von Strecken zu erhöhen und auf vielen Strecken "Niedrigst" flugpreise einzuführen.

IAM-Konflikt

Der seit langem andauernde Arbeitskonflikt zwischen der amerikanischen Mechanikergewerkschaft International Association of Machinists and Aerospace Workers (IAM) und der staatlichen israelischen Fluggesellschaft El Al wurde am 14. Juli mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Rückkehr an den Arbeitsplatz beigelegt. Der Vizepräsident der IAM, John Peterpaul, sprach der ITF und ihren Mitgliedsgewerkschaften in der Zivilluftfahrt seinen Dank für die erwiesene Solidarität aus, die zur Beilegung dieses erbitterten, zwei Jahre dauernden Streiks gegen die Fluggesellschaft beigetragen hatte.

Kabinenpersonal beleuchtet Sicherheitsfragen

Der Technische Ausschuss für Kabinenpersonal der ITF konzentrierte sich auf seiner Sitzung am 10. und 11. Juni 1986 in Madrid hauptsächlich auf die Behandlung von Sicherheitsfragen. Ausschußmitglieder äußerten sich zutiefst besorgt über die ständig zunehmenden Risiken, die Flugzeugentführungen und Bombendrohungen gegen Flugzeuge für das Kabinenpersonal darstellen. Sie kamen überein, daß die ITF bei ihren Mitgliedsorganisationen in der Zivilluftfahrt Informationen über die Ratifizierung der ICAO-Sicherheitsübereinkommen, gewerkschaftliche Vertretung in nationalen Sicherheitsausschüssen sowie über eine Reihe weiterer Fragen im Zusammenhang mit der Flughafensicherheit sammeln sollte.

Die Ausschußmitglieder berichteten außerdem über Arbeitskonflikte in der jüngsten Vergangenheit, an denen das Kabinenpersonal beteiligt war. Viele von ihnen waren durch Forderungen der Fluggesellschaften nach massiven Kürzungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen verursacht worden, mit denen sie um ihr Überleben in dem harten Wettbewerbsklima nach der Entregulierung kämpfen. Der Ausschuß diskutierte über die B747-Notevakuierungsübung, die vor kurzem in Seattle stattfand, und die Entscheidung, neue Flugzeuge des Typs B747 der 400er Serie mit nur acht anstatt der üblichen zehn Notausgänge auszurüsten. Auch

über den Schritt der Air France, für ihr Flugpersonal speziell angefertigte Rauchmasken zur Anwendung bei Notevakuierungen zur Verfügung zu stellen, wurde ausführlich diskutiert.

Die Sitzung verabschiedete eine Erklärung, in der der Betrieb von Kabinenluftumwälzungsanlagen bei heruntergesetzter Leistung verurteilt und gefordert wird, daß diese Praxis zumindest so lange aufgegeben wird, bis nachgewiesen ist, daß eine Verschlechterung der Kabinenluftqualität keine anhaltenden Auswirkungen auf die Gesundheit hat.

Der Ausschußvorsitzende Jan

Woltering von der Niederländischen Kabinenpersonalgewerkschaft kündigte an, daß er sich kurz nach dem Kongreß aus der gewerkschaftlichen Tätigkeit zurückziehen werde und dies daher seine letzte Ausschußsitzung sei.

Der Sekretär der Sektion Zivilluftfahrt, Bernie Beyertt, dankte ihm für seine hervorragende Arbeit im Interesse des Kabinenpersonals, die er während seiner langjährigen Tätigkeit als Vorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses geleistet habe, und wünschte ihm einen langen und glücklichen Ruhestand.

Asiatische Gewerkschaften zu neuen Technologien

Die Sozialen Auswirkungen des Technologischen Wandels in der Luftfahrtindustrie waren das Thema eines Seminars der Asiatisch/Pazifischen Zivilluftfahrtskonferenz, das Ende Mai auf Einladung der japanischen Luftfahrtgewerkschaft KOKU DOMEI in Kan-nami, Japan, stattfand. Den Vorsitz führte Bruce Deahm von der australischen Licensed Aircraft Engineers' Association, der auf der Schlußsitzung für das Amt des Vorsitzenden des Regionalen ITF-Zivilluftfahrtausschusses für Asien und den Pazifischen Raum wiedergewählt wurde.

Der ITF-Regionalsekretär M.S. Hoda und der stellvertretende Direktor des Tokio-Büros der IAO nahmen an der

Sitzung, die sich hauptsächlich mit Fragen der Gesundheit und Sicherheit, Arbeitsplatzsicherheit, Ausbildung und Umschulung und den besonderen Bedürfnissen älterer Arbeitnehmer beschäftigte, teil. In getrennten Arbeitsgruppen für das Boden- bzw. Flugpersonal wurden die Schlußfolgerungen der Konferenz erarbeitet. Dazu gehörten Entschließungen mit der Forderung nach baldiger Einberufung einer Dreigliedrigen Technischen Sitzung der IAO über Zivilluftfahrt sowie nach Wiedereinstellung der Beschäftigten der staatlichen Fluggesellschaft von Bangladesch, Bangladesh Biman, die vor kurzem wegen gewerkschaftlicher Tätigkeiten entlassen worden waren.

TODESFÄLLE

Ahmadou Sima, Generalsekretär der ASECNA-Gewerkschaft (Senegal), verstarb am 7. Juni.

Maarten Bolle, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Generalsekretär wesentlich zum Wiederaufbau der Internationale der Öffentlichen Dienste beitrug, verstarb am 19. April in Santa Cruz (Kalifornien).

Antonio Janeiro, Vorsitzender der portugiesischen Gewerkschaft der Büroangestellten (SITESE) und eine der wichtigsten Persönlichkeiten in der spanischen UGT, verstarb plötzlich und unerwartet am 18. Juni.

Am 11. Juni verstarb Frank Cousins, der den ITF-Mitgliedern lange Jahre ein Begriff war. Er war zweimal Präsident

der ITF: von 1958 bis 1960 und von 1962 bis 1965. 1956 wurde er in den ITF-Vorstand gewählt und erhielt 1965 das ITF-Goldabzeichen. Von 1968 bis zum Kongreß in Wien 1971 hatte er das Amt eines ITF-Vizepräsidenten inne. Er war außerdem lange Jahre ein aktives Mitglied der ITF-Sektionen Straßen-transport und Zivilluftfahrt.

Frank Cousins begann sein Arbeitsleben als Bergarbeiter, verließ diesen Industriezweig jedoch in der großen Depression der dreißiger Jahre, um Fernfahrer zu werden. In diesem Beruf begann seine langjährige Verbundenheit mit der britischen Transportarbeitergewerkschaft TGWU. Er war der erste Vorsitzende der Straßentransportsektion dieser Gewerk-

schaft, dann von 1956 bis zu seinem Ruhestand 1969 deren Generalsekretär. In der Zeit von 1964 bis 1966 gab er die Verantwortung für die Führung seiner Gewerkschaft aufgrund seiner Ernennung zum Technologieminister unter der damaligen britischen Labour-Regierung ab.

Er war ferner über viele Jahre hinweg eines der führenden Mitglieder des Generalrates des britischen Gewerkschaftsbundes TUC.

Frank Cousins' Beitrag zur Verteidigung der Rechte der Transportarbeiter und zur Wirksamkeit der ITF wird uns allen lange in Erinnerung bleiben.

BINNENVERKEHR

British Rail gibt Diskriminierungen zu

Die vom britischen Parlament eingerichtete Kommission für Chancengleichheit veröffentlichte im Juni einen umfassenden Bericht, in dem die Praxis systematischer Diskriminierung gegen Frauen beim britischen Eisenbahnunternehmen British Rail aufgedeckt wurde. Der Bericht stellt fest, daß weniger als 7 Prozent aller Beschäftigten bei British Rail Frauen sind (etwas weniger als 9.000 bei einer Gesamtzahl von ungefähr 150.000 Beschäftigten) und daß die wenigen Frauen, die bei dem Unternehmen beschäftigt sind, üblicherweise die traditionell schlecht bezahlten Arbeiten - wie z.B. Büroarbeit und Zugwagenreinigung - ausführen. Besonders schlecht sind die Frauen in den höher qualifizierten Arbeitsplätzen und in

der Verwaltung vertreten; zum Zeitpunkt der Untersuchung (1983/84) waren nur 7 Frauen als Lokomotivführer, 64 als Zugführer und 37 als Stellwerkswärter beschäftigt, während nur 2 von 593 Führungspositionen mit Frauen besetzt waren.

In der Untersuchung wurde festgestellt, daß es das Unternehmen Frauen sehr schwer macht, eine Lehre bei der Eisenbahn zu beginnen. Trotz bestehender gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze der Chancengleichheit werden in Stellenanzeigen in der Presse häufig ausdrücklich männliche Bewerber gesucht. Mit einer Reihe von Praktiken werden Frauen auch indirekt diskriminiert, z.B. durch Beförderung nach Dienstalter, Einstellungen ohne

offizielle Stellenausschreibung und Anforderungen hinsichtlich der Körpergröße, die Frauen ganz klar benachteiligen, sowie eine mangelnde Bereitschaft, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß es Frauen mit familiären Verpflichtungen ermöglicht wird, eine Beschäftigung bei der Eisenbahn aufzunehmen.

British Rail reagierte auf den Bericht, indem das Unternehmen einen ersten Gleichberechtigungsbeauftragten ernannte und seine Gleichberechtigungspolitik überprüfte. Weitere Maßnahmen sind jedoch erforderlich, um sicherzustellen, daß mehr Frauen zur Arbeit bei der Eisenbahn ermutigt werden und ihnen verantwortliche Positionen entsprechend ihrer Fähigkeiten zur Verfügung stehen.

US-Eisenbahnpersonal unterzeichnet neuen Vertrag

Ein Zeichen für das bei den Arbeitgeber/Arbeitnehmerbeziehungen in den Vereinigten Staaten herrschende Klima ist die Tatsache, daß die der ITF angeschlossene amerikanische Gewerkschaft des Eisenbahn-, Luftfahrt- und Schifffahrtsverwaltungspersonals (BRAC) beinahe zwei Jahre und viele hundert Stunden harter Verhandlungen benötigte, um einen neuen Vertrag für ihre 70.000 bei den amerikanischen

Eisenbahnen beschäftigten Mitglieder abzuschließen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Richard Kilroy, beschreibt den neuen Vertrag, der Mitte April abgeschlossen und seitdem von der Gewerkschaftsbasis ratifiziert wurde, als 'das Beste, das wir im Augenblick erreichen konnten'. Er sieht eine generelle Lohnerhöhung von 6,5 Prozent während seiner vierjährigen Laufzeit sowie Pauschalzahlungen in Höhe von

insgesamt US\$ 975 (was einer weiteren Erhöhung um 6 Prozent entspricht) und alle sechs Monate eine Anpassung an die Lebenshaltungskosten vor. Anstatt den Vertrag auf Ende Juni 1984 - den Zeitpunkt, zu dem der vorherige Vertrag auslief und der langwierige und ermüdende Verhandlungsprozeß begann - zurückzudatieren, erhielten die BRAC-Mitglieder bereits eine einmalige Zahlung von US\$ 565.

KONFERENZ DER ITF-BINNENSCHIFFER

Anfang Juni fand eine eintägige Sitzung der ITF-Binnenschiffergewerkschaften statt, auf der Vorbereitungen für die nächste Sitzung des IAO-Binnenverkehrsausschusses getroffen wurden, die sich mit dem Sozial- und Rechtsschutz der Binnenverkehrsarbeitnehmer sowie mit den Auswirkungen der neuen Technologien auf die Beschäftigung im Transportsektor beschäftigen wird. Da diese Fragen für alle drei Binnenverkehrssektoren - Eisenbahn, Straßentransport und Binnenschifffahrt - von Interesse sind, beschloß die Sitzung, die Einrichtung einer speziellen ITF-Arbeitsgruppe zur Koordination der Vorbereitungen für die IAO-Sitzung zu empfehlen.

Japanische Staatsbahnen weigern sich, Untersuchungsdelegation zu empfangen

Eine aus drei führenden, von der ITF ausgewählten Fachleuten bestehende Untersuchungsdelegation mußte ihren Besuch in Tokio nur wenige Tage vor ihrer Abreise Anfang Juli absagen, nachdem sowohl die Japanischen Staatsbahnen (JNR) als auch die japanische Regierung deutlich gemacht hatten, daß sie nicht bereit seien, mit der Delegation über den umstrittenen Beschluß, das nationale japanische Eisenbahnsystem aufzubrechen, zu diskutieren.

Die Delegation, die einen objektiven Bericht über die zu erwartenden betrieblichen, finanziellen und sozialen Auswirkungen der Pläne der JNR vorlegen sollte, bestand aus: Keith Hunt, dem vor kurzem in den Ruhestand getretenen Vizepräsidenten der Kanadischen Staatsbahnen (CN); Lord McCarthy, einem bekannten britischen Fachmann für Arbeitgeber/Arbeitnehmerbeziehungen, und Geraldo Von Potobsky aus Argentinien, einem Anwalt und früheren Leiter der Abteilungen für Vereinigungsfreiheit und Internationale Arbeitsnormen der IAO.

Angesichts der Weigerung der wichtigsten Entscheidungsträger in Japan, auch nur über die Zukunft des Eisenbahnnetzes zu diskutieren, beschloß die ITF, den Besuch der Delegation abzusagen. "Dies bestätigt nur unsere Befürchtungen - daß die JNR und die Regierung entschlossen sind, ohne Rücksicht auf die Auswirkungen auf Arbeitnehmer oder Passagiere das Eisenbahnsystem aufzubrechen und die Eisenbahnergewerkschaften handlungsunfähig zu machen", sagte der Sekretär der ITF-Sektion Eisenbahn, Graham Brothers, in einer Erklärung, die er nach der Absage des Besuchs abgab.

SEELEUTE

FPC: Warnung an koreanische Heueragenturen

Delegierte der Hafentarbeiter und Seeleute kamen im Juni in London zur jährlichen Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses (FPC) zusammen, der die Arbeit der ITF-Sonderabteilung für Seeleute (SSD) lenkt.

Viele Punkte standen an diesem 3. und 4. Juni auf der Tagesordnung - die Beschlüsse und Diskussionen beschäftigten sich mit der gesamten Bandbreite der Kampagne gegen Schattenflaggenschiffe.

Der FPC überprüfte die ITF-Liste der Länder, die als Anbieter von Schattenflaggeneinrichtungen gelten. Die Karibik-Insel Saint Vincent wurde neu auf die Liste gesetzt, während die Entscheidung im Hinblick auf zwei weitere Flaggen verschoben wurde: der Status von Antigua und Barbuda wurde zur Beratung an die gemeinsame Konferenz der Hafentarbeiter- und Seeleutesektionen während des ITF-Kongresses im August in Luxemburg verwiesen - ebenso wie der der Isle of Man. Das ITF-Sekretariat wurde aufgefordert, mit den britischen ITF-Seeleutegewerkschaften NUS und NUMAST über diesen letztgenannten Punkt Rücksprache zu halten. Die Seychellen, die nicht länger Schattenflaggeneinrichtungen anbieten, wurden von der Liste gestrichen.

Die intensivste Diskussion der Sitzung konzentrierte sich auf die wachsende Besorgnis über die doppelte Buchführung und die betrügerischen Praktiken bei der Besatzung von Schattenflaggenschiffen mit koreanischer Besatzung. Angesichts der Zahlen der Sonderabteilung für Seeleute, die belegen, daß fast die Hälfte der Schiffe, die im vergangenen Jahr eine Blaue Karte erhielten - der Nachweis, daß ein Schattenflaggenschiff von einem für die ITF annehmbaren Kollektivvertrag abgedeckt ist -, koreanischen Ursprungs waren, ist die Frage, ob viele dieser Besatzungen betrogen werden, offensichtlich sehr ernst zu nehmen.

Gesichert ist, daß in einer Reihe von Fällen koreanische Seeleute auf Schiffen mit gültigen Blauen Karten durch Einschüchterung gezwungen wurden, unter den ITF-Heuern liegende Löhne zu akzeptieren.

Während der Diskussion wurde vorgeschlagen, alle an Schiffe mit koreanischer Besatzung vergebene Blaue Karten einzuziehen - ein drastischer Schritt, der auf den Widerstand der koreanischen ITF-Gewerkschaft FKSU

stieß, die um Gelegenheit bat, sich zu Hause um eine Verbesserung der Lage zu bemühen.

Schließlich kam die Sitzung zu dem einstimmigen Beschluß, die FKSU aufzufordern, bei ihrer Regierung auf die Abschaffung des gegenwärtigen Systems von Heueragenturen und seine Ersetzung durch ein gerechtes und ehrliches System von Heuerstellen für Seeleute zu drängen. Die Situation sollte dann auf dem Kongreß in Luxemburg erneut diskutiert werden.

Der FPC nahm ferner den Text einer überarbeiteten Fassung des ITF-Musterkollektivvertrags für Schattenflaggenschiffe an, der Ende dieses Jahres in Kraft treten wird. Die endgültige Entscheidung über die Heuerskala wird im Laufe dieses Jahres getroffen werden.

Die Sitzung verabschiedete eine von der griechischen Seeleutegewerkschaft PNO vorgelegte Entschließung, in der sofortige direkte Verhandlungen zwischen der zypriotischen Gewerkschaft und der PNO über die Sicherung der Arbeitsplätze für griechische Seeleute auf in griechischem Eigentum befindlichen,

aber unter zypriotischer Flagge fahrenden Schiffen gefordert wurden

Das wachsende Problem der Unterbietung von ITF-Heuern durch Staatshandelsländer mit Arbeitskräfteüberschuß (in denen die ITF keine Mitgliedsorganisationen hat) wurde ebenfalls diskutiert. Ein Entschließungsantrag der schwedischen Seeleutegewerkschaft, in dem das ITF-Sekretariat aufgefordert wurde, für die nächste Sitzung des Fair-Practices-Ausschusses Vorschläge zu dieser schwierigen Frage zu erarbeiten, wurde verabschiedet.

Ein positives Ergebnis war die Verabschiedung eines bahnbrechenden Vertrages, den die japanische Seeleutegewerkschaft abgeschlossen hatte und der ausländische Seeleute auf japanischen Schattenflaggenschiffen sowie den sogenannten "Maru"-Schiffen abdeckt, die unter japanischer Flagge fahren, aber bisher außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der JSU-Kollektivverträge lagen. Durch dieses Abkommen werden die Heuern von Tausenden von Seeleuten auf diesen Schiffen mehr als verdoppelt werden.

ITF kauft Zentrum in Rotterdam

Das international bekannte De Beer-Seeleutezentrum, das mit seiner zentralen Lage im Rotterdamer Europoort ein Treffpunkt für Seeleute aus den verschiedensten Teilen der Welt ist, wurde durch das Eingreifen der ITF vor der drohenden Schließung bewahrt. Auf Anregung der niederländischen ITF-Gewerkschaft FWZ stimmten die Treuhänder des ITF-"Wohlfahrtsfonds" Anfang dieses Jahres dem Kauf und der Instandsetzung des Gebäudes zu, zu dem Sitzungsräume, ein Schwimmbad, Tennisplätze und viele andere soziale Einrichtungen gehören. Das Zentrum befindet sich nun in der Hand eines Treuhandfonds, dem Vertreter der FWZ und der ITF angehören, und die umfangreichen Renovierungsarbeiten haben begonnen.

Neue Seeleutegewerkschaft in Indien

Zwei der ITF angeschlossene indische Seeleutegewerkschaften haben sich zur 'Indian Seafarers' Federation' zusammengeschlossen.

Auf einer Sitzung am 19. Juni wählten die Maritime Union of India (MUI), in der Offiziere organisiert sind, und die National Union of Seafarers of India (NUSI), die die Mannschaftsdienstgrade vertritt, den Vorstand und die Funktionäre der neuen Organisation und veröffentlichten eine gemeinsame politische Erklärung.

ITF-Seeleutebulletin vom Stapel gelassen

Das erste einer neuen Reihe regelmäßig erscheinender ITF-Bulletins ist vor kurzem veröffentlicht worden. Unter dem Titel "ITF-Seeleute-Bulletin" enthält es Nachrichten und Informationen über eine breite Palette aktueller Ereignisse von Bedeutung für Seeleute und andere, die an der Schifffahrt interessiert sind. Es enthält außerdem Neuigkeiten über die ITF-Tätigkeit im Interesse der Seeleute und erlaubt einen Blick hinter die Kulissen der ITF-Kampagne gegen Schattenflaggenschiffe. Das Bulletin wird in großer Auflage an Gewerkschaften und einzelne Seeleute verteilt; es ist auf Anfrage auch bei der Presse- und Forschungsabteilung im ITF-Hauptbüro erhältlich.

HAFENARBEITER

HAFENARBEITERKONFERENZ DISKUTIERT ÜBER NEUE FRACHTUMSCHLAGSMETHODEN

An der Konferenz der ITF-Hafenarbeitersektion am 5. und 6. Juni 1986 in London nahmen Delegierte aus Gewerkschaften in 25 Ländern teil. Den Vorsitz führte Sektionsvorsitzender John Connolly (TGWU, Großbritannien).

Eines der zur Diskussion stehenden Themen war ein Kongreßbeschuß von Madrid, in dem die ITF aufgefordert wurde, sich bei der IAO für die Wiederaufnahme der Beratungen über das IAO-Übereinkommen 137 (Sozialschutz der Hafenarbeiter) und die dazu gehörige Empfehlung einzusetzen. Generell werden die in diesen beiden IAO-Verwaltungsdokumenten festgelegten Bestimmungen von den Hafenarbeitergewerkschaften begrüßt; andererseits sind die Gewerkschaften jedoch besorgt darüber, daß die IAO-Instrumente keine angemessene Definition der Begriffe "Hafenarbeit" und "Hafenarbeiter" enthalten, eine Tatsache, die viele Regierungen nutzen, um sich ihrer Verantwortung

zu entziehen. Die Konferenz erfuhr, daß die IAO nur ungern Zeit für Konferenzen über Verwaltungsurkunden, die sich nur auf einen einzigen Sektor beziehen, aufbringt oder die Diskussion über Verwaltungsurkunden, die erst vor relativ kurzer Zeit verabschiedet wurden, wiederaufnimmt. Ein noch wichtigeres Argument war jedoch, daß Arbeitgeber und Regierungen, falls erneut Beratungen über die beiden Instrumente stattfinden sollten, möglicherweise eine Verwässerung vieler ihrer fortschrittlicheren Elemente erreichen könnten. Die Konferenz beschloß, die IAO auf die Probleme hinzuweisen, die die bestehenden Definitionen (die alle Verantwortung bei der nationalen Gesetzgebung belassen) für die Hafenarbeiter aufwerfen, jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die formelle Wiederaufnahme der Diskussionen über diese Instrumente zu fordern.

Auf der Konferenz fand außerdem eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion über die jüngsten Entwicklungen und Tendenzen

in der Hafenindustrie statt, während der die Delegierten ausführlich über die Lage im Zusammenhang mit Fragen wie z.B. neue Frachtumschlagssysteme oder die Zunahme von Binnencontainerterminals, auch 'Trockenhäfen' genannt, in ihren einzelnen Ländern berichteten. Das ITF-Sekretariat wurde beauftragt, für die nächste Hafenarbeitersitzung im August in Luxemburg ein ausführliches Arbeitsprogramm zu diesen Problemen auszuarbeiten.

Des weiteren beschloß die Konferenz auf Ersuchen der Hafenarbeitergewerkschaften in der Karibik, das ITF-Regionalaktivitätsprogramm für Hafenarbeitergewerkschaften zu verstärken. Im Laufe der Sitzung teilte Harold Lewis, der bisher neben seiner Arbeit als Generalsekretär auch für die Sektion zuständig war, der Konferenz mit, daß er David Cockroft, den Leiter der ITF-Presse- und Forschungsabteilung, gebeten habe, im Sekretariat die Verantwortung für die Hafenarbeitersektion zu übernehmen.

LEUTE

Björn Bergman wurde auf dem jüngsten Kongreß der schwedischen Gewerkschaft SALF zu ihrem Präsidenten gewählt. Er wurde damit Nachfolger von Stig Öhgren, der in den Ruhestand getreten ist.

Shirley Carr wurde am Maifeiertag auf dem Jubiläumskongreß zum 30-jährigen Bestehen des Kanadischen Gewerkschaftsbundes CLC in Toronto als erste Frau zur Vorsitzenden der Organisation gewählt. Frau Carr, die der Kanadischen Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst angehört, war seit 1984 Leiterin der Finanzabteilung des CLC. Ihr Amtsvorgänger, Dennis McDermott, war nach seiner Ernennung zum kanadischen Botschafter in Irland zurückgetreten.

Moss Evans hat sein Amt als Präsident der Internationalen Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICEF) abgegeben. Sein Nachfolger ist Nils Kristoffersson, Generalsekretär der Schwedischen Fabrikarbeitergewerkschaft und bisheriger ICEF-Vizepräsident, der das Amt bis zum

nächsten ICEF-Kongreß innehaben wird.

Franz Hums übernahm im Juni als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Erich Steinböck das Amt des Vizepräsidenten der österreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner.

Bill Morris wurde im Juni zum Stellvertretenden Generalsekretär der britischen Transportarbeitergewerkschaft TGWU gewählt. Er ist Stellvertretender Vorsitzender des ITF-Ausschusses für den Städtischen Personennahverkehr und aktives Mitglied der Sektion Straßentransport. Sein Vorgänger im Amt war Alex Kitson, der nach fünfzig Jahren gewerkschaftlicher Tätigkeit in den Ruhestand getreten ist. (Er war außerdem Generalsekretär der Scottish Commercial Motormen's Union, die sich 1971 mit der TGWU zusammengeschlossen hatte.) In der ITF hat Kitson einen bedeutenden Beitrag zur Arbeit der Sektion Straßentransport geleistet und war viele Jahre lang einer der Laienrechnungsprüfer der Föderation.

Der Vorstand der britischen Seeleutengewerkschaft NUS beschloß auf

seiner Sitzung im Anschluß an die zweijährlich stattfindende Konferenz im Juni, Jim Slater zu ihrem neuen hauptamtlichen Präsidenten zu ernennen. In ihrer fast 100-jährigen Geschichte hatte die Gewerkschaft bisher nur einen Präsidenten: ihren Gründer Havelock Wilson. Die Konferenz beschloß, Wahlen für die Spitzenämter der NUS abzuhalten, aber Slater, der während der vergangenen zwölf Jahre NUS-Generalsekretär war, konnte sich gemäß den Gewerkschaftssatzungen diesmal nicht zur Wahl stellen. Die Wahlen für seinen Nachfolger werden in diesem Sommer stattfinden und das Ergebnis im Herbst bekanntgegeben werden.

Robert Zehenthofer wurde vor kurzem auf dem Kongreß seiner Gewerkschaft als Präsident der österreichischen Transportarbeitergewerkschaft HTV bestätigt. Zehenthofer war seit dem vorzeitigen Tod seines Vorgängers Fritz Kornfeil 1983 amtierender Präsident seiner Gewerkschaft.